

CDU Köln Deutz

Unter Taschenmacher 2 – 50667 Köln

CDU Fraktion in der BV1

Ludwigstraße 8 – 50667 Köln

Büro der Oberbürgermeisterin
Frau OB Henriette Reker
Historisches Rathaus
50667 Köln

-vorab per Mail-**CDU Köln Deutz**Mario Schmitz
Vorsitzender

E-Mail: schmitz@deutz-cdu.de

CDU Fraktion in der BV1Günter Leitner
Vorsitzender

E-Mail: Guenter.Leitner@stadt-koeln.de

16. Mai 2024**Offener Brief - weiteres Vorgehen bei der Deutzer Freiheit**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

mit großer Verwunderung nehmen wir den Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern in Deutz beim Thema „Deutzer Freiheit – Autofrei“ zur Kenntnis. Wie Ihnen sicherlich hinlänglich bekannt sein dürfte, ist das Thema hoch umstritten und beschäftigt eine Vielzahl von Akteuren. Dabei geht es den meisten nicht um eine Verbesserung ihres „Wohlbefindens“ durch eine „Verbesserung der Aufenthaltsqualität“ wie es so prominent durch Grüne, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei in der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt/Deutz am 07.03.2024 dargestellt wurde. Den meisten geht es, auch wenn sich dies aus dem jüngsten Stimmungsbild nicht ablesen lässt, **um ihre reale Existenz!**

Geschäftsinhaber sehen einen massiven Einbruch ihrer Umsätze – Anwohnerinnen und Anwohner beklagen Lärmbelästigungen, insbesondere während der Nachtruhe – Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen können ihre Arztbesuche und Einkäufe nicht mehr bewältigen – Pflegedienste können ihre Patienten nicht mehr erreichen.

All diese Sorgen werden aktuell durch die oben genannten Parteien mit Füßen getreten, um dem fanatisch ideologischen Wunsch einer autofreien Deutzer Freiheit zur Durchsetzung zu helfen. Da hilft auch das nun anstehende Mediationsverfahren nichts. Bereits die nicht paritätische Besetzung der Mediationsteilnehmer und Interessensgruppen verdeutlicht, dass hier keine Lösungsfindung intendiert ist, wie dies in einem Mediationsverfahren der Fall sein sollte, sondern, dass das Mediationsverfahren ausschließlich dazu dienen soll, die weiterhin kritischen Stimmen, die sich den Ängsten und Sorgen der Bürgerinnen und Bürgern wirklich stellen, zum Verstummen zu bringen. Gleichzeitig soll es den Anschein erwecken, dass die Interessensgruppen mehrheitlich eine autofreie Deutzer Freiheit präferieren. Dies ist allerdings keine große Kunst, denn schließlich wurde die Zusammensetzung der Mediation auch von den Parteien mehrheitlich beschlossen, die sich genau diese Autofreiheit wünschen.

Ebenfalls bedauern wir, dass die Mediation bereits das Ergebnis vorgibt. So geht mit der Mediation bereits einher, dass die Abschnitte 2 und 3 auf jeden Fall autofrei werden und auch

ein Teileinziehungsverfahren wurde bereits mehrheitlich beschlossen, ohne dass die Mediation überhaupt getagt hat. Gleichzeitig sollen die Ergebnisse der Mediation der Bezirksvertretung in einer Beschlussvorlage zur Entscheidung vorgelegt werden (s. AN/0269/2024, Antrag B90/Die Grünen, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei). Es ist schon bizarr, dass eine Mediation mit feststehendem Ergebnis als Bürgerbeteiligungsplattform dargestellt wird. Was will man dann überhaupt noch mit der Mediation bezwecken? So baut man sich eine Art Scheindemokratie auf und verkauft es als Willen der Bürgerinnen und Bürger.

Auch wurde mit Recht während der Infoveranstaltung zum weiteren Vorgehen bei der Deutzer Freiheit am 18.04.2024 im Gymnasium Thusneldastraße darauf hingewiesen, dass Anwohnerinnen und Anwohner nicht direkt in der Mediation vertreten sind, was offensichtlich nicht einmal der Verwaltung selbst bekannt war. Anders ist die überraschte Reaktion und die Aussage, man werde sich das notieren, nicht zu erklären. Leider muss man sagen, sind die Anwohnerinnen und Anwohner nicht einfach vergessen worden, es wurde schlichtweg von den genannten Parteien in der Sitzung der Bezirksvertretung mehrheitlich abgelehnt (s. AN/0399/2024, Änderungsantrag von CDU und FDP). Dieser Umgang ist in Art und Umfang derart besorgniserregend, dass wir dies nicht einfach so auf sich beruhen lassen können.

Am 25.04.2024 gaben Sie in der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt/Deutz zu verstehen, dass die Entscheidung über die Autofreiheit als richtig zu empfinden sei, weil die Umfrage ergeben habe, dass „die Mehrheit hinter einer autofreien Gestaltung der Deutzer Freiheit stünde“. Wir sehen das anders. Das durchgeführte Stimmungsbild (!) entsprach nicht den Regeln, die für eine repräsentative Umfrage erforderlich sind. Bei dem Stimmungsbild im Zeitraum vom 14.–27. August 2023 wurden nur 4.512 Haushalte per Post angeschrieben sowie an drei Terminen Passantinnen und Passanten willkürlich vor Ort befragt. Laut Zahlen der Stadt Köln liegt jedoch die Einwohnerzahl in Deutz bei 15.785 (Stand 31.12.2019) (Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Köln, https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/statistik-standardinformationen/stadtteilinformationen_einwohner_2019.pdf).

Es wurden also sogar nur 28,6% der Einwohnerinnen und Einwohner direkt angesprochen, was nicht einmal einem Drittel der dort lebenden Bevölkerung entspricht. Auch ist nicht deutlich, wie die Angeschriebenen ausgewählt wurden. Bei der Online-Befragung konnte Jedermann (!), unabhängig seines Wohnorts, abstimmen. Sogar mehrfach! Allein das verwässert das Ergebnis derart, dass man dieses nicht mehr für irgendwelche Erläuterungen heranziehen kann. Insgesamt gab es 2.759 Rückmeldungen, davon 2.476 online und 283 analog (s. Mitteilung 3252/2023, Anlage 4). Wir nehmen mit Verwunderung zur Kenntnis, dass man, obwohl dies so ausdrücklich in den Sitzungen des Veedelsbeirats letzten Jahres angesprochen wurde, die Chance einer repräsentativen Befragung der Betroffenen vor Ort erneut verpasst hat; verlangen dann aber gleichzeitig, dass die Durchsetzung des getroffenen Beschlusses nicht damit begründet wird, dieser sei „richtig“, da die Mehrheit ihn wolle.

Von Juni 2022 und August 2023 hatte die BV einen Verkehrsversuch durchgeführt, bei dem das nun angesprochene Szenario getestet wurde. Ergebnis war, dass dies zu massiven Umsatzeinbußen des örtlichen Einzelhandels und zu erheblichen Verstimmungen bei den Anwohnerinnen und Anwohnern geführt hat. Dazu äußern sich Vertreter der Grünen im Veedelsbeirat lapidar wie folgt: „Wir haben die Mehrheit und die Geschäftsleute sollten nun das Beste daraus machen“. „Das Beste“ daraus machen bedeutet aber für die meisten, dass sie es sich nicht mehr leisten können, ihr Geschäft vor Ort zu führen, ihre Existenz aufgeben müssen und irgendwo anders nochmal von vorne anfangen müssen. Ist das wirklich der Wunsch der Kölner Politik? Dient es der Aufenthaltsqualität, verwaiste Ladenlokale zu generieren, die nach und nach im Stile einer Dorfkirmes bestückt werden und zu einer allmählichen

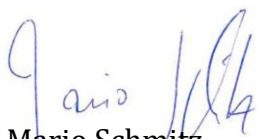
„Ballermannisierung“ der Straße führt? Ist das wirklich der Wunsch der Kölner Oberbürgermeisterin?

Wir weigern uns jedenfalls zu glauben, dass eine solche Ignoranz in die Kölner Politik eingezogen ist und bitten Sie inständig darum, die real mehrheitlich bestehende andere Meinung der Bürgerinnen und Bürger zu einer Autofreien Deutzer Freiheit ernst zu nehmen!

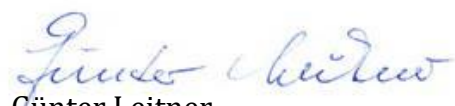
Nach dem bisher Gesagten halten wir das geplante „Scheinmediationsverfahren“ für nicht zielführend. Wir wollen sichergestellt sehen, dass das Mediationsverfahren ergebnisoffen (!) geführt wird sowie eine paritätische Besetzung mit Vertretern beider Meinungsrichtungen und unter Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner sichergestellt ist. Das Ergebnis eines solchen ehrlichen Mediationsverfahrens – egal in welche Richtung es verläuft – gepaart mit einer repräsentativen Umfrage der Einwohnerinnen und Einwohner sowie allen beteiligten Akteure in Deutz soll als Grundlage für die Umsetzung der Maßnahmen an der Deutzer Freiheit ernsthaft genutzt wird.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, Sie sagten bei Ihrem Besuch in der Bezirksvertretung, dass man Mehrheiten akzeptieren und respektieren muss. Das tun wir. Wir möchten Sie allerdings eindringlich darauf hinweisen, dass solche Vorgehensweisen und ein derartiger Umgang mit eben solchen Mehrheiten wieder erhebliche Unruhe nach Deutz bringen und zu einer erneuten Spaltung des Veedels beitragen werden. Das kann und darf nicht der Wille der Politik sein, für die wir uns alle, meist ehrenamtlich, so aufopferungsvoll engagieren. Daher bitten wir Sie: Stoppen Sie diese Scheinmediation und beziehen Sie alle Akteure vor Ort zum weiteren Vorgehen bei der Deutzer Freiheit mit ein, so wie man es hätte von Anfang an tun sollen.

In der Hoffnung auf Ihre Mithilfe und ein Einlenken bei Grüne, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei verbleiben wir mit freundlichen Grüßen



Mario Schmitz
Vorsitzender der CDU Deutz



Günter Leitner
Vorsitzender der CDU-Fraktion in der
BV1